

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition Berlin SO 16
Wustenhäuser Str. 16 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Kant Marktplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Mittags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühr) 4 Mk.
mit wöchentlichem Beilage, die Sanitätswoche 6 Mk.

Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

Su diesem Thema nimmt Dr. Striemer im „Korrespondenzblatt“ des ADGB Stellung gegen einen Aufsatz, den der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Deutsch in Nr. 9 der „Deutschen Industrie“ veröffentlicht. Deutsch wendet sich gegen einen Artikel in der gleichen Zeitschrift, in dem diese „Gleichberechtigung“ befürwortet wird. An Hand von Zahlen sucht Deutsch nachzuweisen, daß der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Anteil am Rein-

rückhaltigung des allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses. Es muß gesagt werden, daß noch mancher Arbeiter und Angestellte auf dem Wege der Privatkapitalwirtschaft mehr und Besseres zu erreichen glaubt, als ihm nach seiner Meinung durch die Sozialisierung der Produktion und Konsumtion gegeben werden kann. Zu treffend ist, was die „New Yorker Volkszeitung“ darüber schreibt: „Wie leicht Arbeiter, die sich „etwas erspart“ haben, vergessen, daß sie ausgebeutet sind und ein Interesse an der Beseitigung dieser Ordnung haben, zeigt sich oft im gewöhnlichen Leben. Trotzdem ist es immer wieder überraschend, bei Gesprächen über die Sozialisierung zu hören: „Ja, die wollen einem das bisschen Hab und Gut fortnehmen.“ Der gute Mann ist vielleicht Besitzer eines Hauses, das aber zum größeren Teil der Bank gehört, die ihm die Hypothek vorstößt. Tag um Tag steht er in harter Fron und wird gleich seinem Rebenarbeiter ausgebeutet. Aber die Sorge um sein Haus läßt ihn vor einem Umschwung in den bestehenden Zuständen erzittern, er hat Angst, seine Ketten zu verlieren, die ihn an seinen Arbeitsplatz fesseln. Seine Furcht ist lächerlich, aber dieser Mann, der hier seine Ansicht offen ausspricht, steht nicht allein. Es gibt viele seinesgleichen. Sie müssen sich wohl in lächlichen Momenten sagen, daß sie an der Quelle der Produktion, an ihrem Arbeitsplatz täglich ausgebeutet werden, daß sie daher als Arbeiter das größte Interesse an der Ueberführung der Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz haben, um der Ausbeutung ein Ziel zu setzen und dem Arbeiter, also ihnen selbst, das volle Produkt ihrer Arbeitskraft zu sichern. Aber der kleine Besitz, von dem sie nicht leben können, der ihnen vielleicht mehr Sorgen macht als die paar Mark, die sie daraus ziehen mögen, stempelt sie im Geiste zu „Kapitalisten“. Sie zittern bei dem bloßen Gedanken, ihn zu verlieren. Und sie bekämpfen den Umsturz, der ihnen nur Vorteile bringen kann. Selbst im täglichen Kampf um Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, um eine Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit werden viele von ihnen zögern. An die Schwelle gefesselt, scheuen sie einen Konflikt mit dem Arbeitgeber, bei dem sie möglicherweise ihre Arbeit verlieren müßten. Sie schleppen schwerere Ketten mit sich als der Arbeiter, der vogelfrei durch die Lande zieht und doch lächeln und spotten sie über jenen Spruch, der andere zum Kampf begeistert; der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten, und doch gewinnen kann er eine Welt. Die großen Kapitalisten wissen sehr wohl, was sie tun, wenn sie „ihren“ Arbeitern zum Bau oder Ankauf eines Hauses verhelfen, oder wenn sie den Arbeiter bewegen, Aktien des Unternehmens und Papiere des Klassenstaates anzukaufen. Dieser Besitz hebt den Arbeiter nicht aus der Lohnsklaverei heraus, er dient nur dazu, neue Bande um ihn zu schlagen, und in dem einzelnen Arbeiter ein Interesse an dem individuellen Besitz wachzurufen. Einige Groschen Zinsen im Jahre täuschen manchen Arbeiter darüber hinweg, daß der größte Teil seines Arbeitsproduktes vom Kapitalisten eingestekt wird. Diese Gedanken sollten auch alle unsere Kollegen beherzigen.

Menschengeist

Traumlos schlief in Herzensstiefen
Lang der Geist, durch nichts gewedt;
Bis ihn meine franke Seele
Dat zu Taten aufgeschreckt.
Durch die dunklen Schicksalswälder,
Durch die Not, die Erdenqualen
Hat er sich emporgeschwungen
In die lichten Sonnenstrahlen.
Hier will er in Schkyterwonne
Für die Menschen — die verdammte
Sind im Schatten hinwegwandeln —
Sonne schaffen; froh entflammt.
Heiße Ströme ihn durchströmen,
Daß ihm schier die Seele bebte;
Darum reißt er aus der Tiefe,
Taten, nur vom Volk erlebt.
Wilhelm Land, Hannover.

gewinn der Produktion außerordentlich gering ist, und die Arbeiter und Angestellten wie auch die gesamte Volkswirtschaft würde vielmehr dadurch einen großen Schaden erleiden, denn der Wert der Aktien würde bis auf den Nennwert und auch darunter sinken und damit auch das Interesse der Geldgeber. Deutsch sagt folgendes:

„Auf diesem Wege ist nichts zu erreichen, und es erscheint mir sehr viel ebrlicher, dies den Angestellten und Arbeitern ganz offen zu sagen, anstatt Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen können und die nur geeignet sind, Verstimnungen zu erzeugen und erneut Unzufriedenheit zu schaffen.“

Dr. Striemer untersucht nun die Frage, welche Wirkungen sich aus der Aufteilung des Gewinns auf die gesamte Belegschaft eines Unternehmens oder aus der Zusammenhaltung desselben in einer oder wenigen Händen der Aktionäre ergeben. Verständlich ist, daß die Aufteilung des Gewinns nur geringe Beträge ergibt, daß diese aber sofort wieder dem Konsum zugeführt werden, während die Zusammenhaltung des Profits in den Händen der Kapitalisten nur neue Kapitalsbildung hervorruft und fördert. Wenn also auch bei der Aufteilung die Aktienbesitzer privatwirtschaftlichen Schaden erleiden, so entstehen doch für die Volkswirtschaft durch diesen Kreislauf des Geldes keine Verluste. Durch die Auflösung des Ueberschusses in viele Kleinbeträge wird die Kaufkraft des einzelnen gehoben und der gesamte Gewinn wieder der neuen Gütererzeugung zugeführt. Die gleichberechtigte Beteiligung an der Verteilung des Mehrwertes, der durch ungerechtfertigte Ausbeutung der Arbeitskräfte, einer Monopolstellung, einer guten Konjunktur und anderer der Erzeugung von Profit günstigen „Verhältnisse“ geschaffen wird, ist trotzdem abzulehnen. Die Leistungen der Werteschaffenden sind von vornherein in gerechter Weise zu bewerten und der sich dann noch aus vorteilhafter Produktion ergebende Ueberschuß ist der gesamten Volkswirtschaft zuzuführen.

Auch wir bestreiten die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. Wir erstreben die Sozialisierung und Kommunalisierung der Produktion deshalb an, um das privatwirtschaftliche Kapital mit seiner Mehrwertschöpfung zugunsten weniger Besitzenden zu befechtigen. Sozialisierung heißt Abschaffung des Privatinteresses an der Profitwirtschaft und gleichberechtigte Beteiligung aller Werteschaffenden an den Vorteilen der Gütererzeugung unter Be-

stempelt sie im Geiste zu „Kapitalisten“. Sie zittern bei dem bloßen Gedanken, ihn zu verlieren. Und sie bekämpfen den Umsturz, der ihnen nur Vorteile bringen kann. Selbst im täglichen Kampf um Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, um eine Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit werden viele von ihnen zögern. An die Schwelle gefesselt, scheuen sie einen Konflikt mit dem Arbeitgeber, bei dem sie möglicherweise ihre Arbeit verlieren müßten. Sie schleppen schwerere Ketten mit sich als der Arbeiter, der vogelfrei durch die Lande zieht und doch lächeln und spotten sie über jenen Spruch, der andere zum Kampf begeistert; der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten, und doch gewinnen kann er eine Welt. Die großen Kapitalisten wissen sehr wohl, was sie tun, wenn sie „ihren“ Arbeitern zum Bau oder Ankauf eines Hauses verhelfen, oder wenn sie den Arbeiter bewegen, Aktien des Unternehmens und Papiere des Klassenstaates anzukaufen. Dieser Besitz hebt den Arbeiter nicht aus der Lohnsklaverei heraus, er dient nur dazu, neue Bande um ihn zu schlagen, und in dem einzelnen Arbeiter ein Interesse an dem individuellen Besitz wachzurufen. Einige Groschen Zinsen im Jahre täuschen manchen Arbeiter darüber hinweg, daß der größte Teil seines Arbeitsproduktes vom Kapitalisten eingestekt wird. Diese Gedanken sollten auch alle unsere Kollegen beherzigen.

Der Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien veranlaßt den Ausschuß zu folgender Entschliebung:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebietes sich von der Notwendigkeit des Verbleibens im Deutschen Reich überzeugt hat. Der Bundesausschuß spricht die Erwartung aus, daß der Mehrheitswille der dortigen Bevölkerung auch von den alliierten Mächten anerkannt wird und Oberschlesien ungehindert bei Deutschland verbleibt. Jede Zerschneidung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen aus schwerste hemmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen, von Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeiterschaft vernichten.

Der Bundesausschuß nimmt mit Enttäufung Kenntnis von den auch durch die Abstimmung festgestellten politischen Zerbrochungen gegen die deutsche Gewerkschaft, die sich vergebens um ausreichenden Schutz an die interalliierte Kommission gewandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesausschuß versichert die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigen Hilfe und wird alle geeigneten Schritte unternehmen, um den drohenden Gefahren den erforderlichen Schutz zu sichern.

Eine Grenzträtigkeit zwischen den Verbänden der Angestellten und der Transportarbeiter wurde wegen der vorgeführten Zeit im Einverständnis mit den beiden beteiligten Verbänden vertagt.

Ferner stand auf der Tagesordnung noch die Lösung des Anstellungsverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Genfer Verband) zum ADGB. Dieser hat sich entgegen dem Versprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation im Gastwirtsgerwerbe nicht angeschlossen. Der Bundesvorstand des ADGB teilte eine Rundgebung vom Vorstand des genannten Bundes mit, wonach für diesen die Sache erledigt sei. Es ist bekannt geworden, daß der Bund zu den Christlichen übergegangen ist. Als freigewerkschaftliche Organisation im Gastwirtsgerwerbe kommt also nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Betracht. Von der Verwaltung des Leipziger Volkshauses lag ein Antrag um Zuwendung von Darlehen zum Wiederaufbau vor. Es wurde den einzelnen Verbänden anheimgestellt, sich daran zu beteiligen. — Zu dem im November 1921 in Paris stattfindenden nächsten Internationalen Gewerkschaftstongress sollen die Verbände Beiträge bis Anfang Mai an den Bundesvorstand einreichen.

Wer ein hohes, sittliches Ideal hat, das zugleich ein großartiges Gesellschaftsideal ist, gibt seinem Dasein einen wirklichen Kulturwert und hat das Mittel gefunden, den Widerspruch zwischen Individualismus und Kollektivismus aufzuheben. Das Ich und das Du finden sich in dem Streben nach einer auf Gemeininteressen gegründeten Kultur, deren Zweck die Ausgestaltung harmonischer Persönlichkeiten ist, die sich in der Welt behaglich fühlen, weil sie mit sich selber im Reinen sind und begreifen, daß sie nur im Verein mit anderen ihren Daseinszweck vollkommen erfüllen können. N. Steiner.

Ein Eden der Wirklichkeit

25 Jahre Ostpreussensiedlung bei Oranienburg in der Mark.

II. (Schluß.)

Verändert man die Umwelt, so ändern sich auch die Menschen und ihr äußeres Wesen. Nach diesem Satze hätten wir nun auch noch von dem besonderen Lebensstil zu reden, der Eden sein Gepräge verleiht, und dessen Ursprung in seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eigenart begründet liegt. Zunächst offenbart sich dieser neue Stil, und zwar unter dem richtunggebenden Einfluß gesundheitlicher Ziele, mehr in Neuerunglichkeiten, wie Wohnung, Kleidung, Bräuchen und Verkehrsitten.

Von der Wohnung ist einstweilen noch am wenigsten zu sagen; sie wird, wenn überhaupt, wohl erst zu allerletzt den Edener Stil verkörpern, namentlich im Neuzeren. Die innere Ausstattung freilich zeigt vielfach schon jetzt die Neigung zu einfachen, bühnerlich schlichten und gesundheitslich einwandfreien Formen zurückzuführen, ohne daß jedoch bisher eine ausgeprägte Eigenart dabei ersichtlich würde.

Deutlicher schon beginnt die Kleidung, namentlich die weibliche, sich zu wandeln; ob hier eine neue Tracht sich ankündigt, ist noch nicht entschieden, sicherlich gelangen aber auch hier die gesundheitlichen Gesichtspunkte immer mehr zur Geltung. Zum mindesten darf man behaupten, daß die herrschende Frauenmode in Eden ihre Rolle bald ausgespielt haben wird; denn wo sie gelegentlich bei neu Zugezogenen noch aufblüht, wird sie bereits als etwas Fremdes, Ueberlebtes empfunden. Am meisten fortgeschritten ist die Abkehr von der bisherigen Bekleidungs-Immatur bei den Mädchen und bei der jüngeren Frauenwelt; das Korsett z. B. ist schon gänzlich verschwunden, ebenso

Betriebsräte

Essen. Die am 22. und 23. April 1921 erledigten Betriebsratswahlen für die Gemeindebetriebe der Stadt Essen brachten unserer Organisation vollen Erfolg. Die Hirsch-Dundersche Organisation war nicht in der Lage, eigene Listen aufzustellen. Aber auch die christliche Organisation konnte nur noch in drei Betrieben mit eigenen Listen erscheinen, in den anderen Betrieben reicht ihre Mitgliederzahl nicht mehr, um selbständig kandidieren zu können. Das Stimmenergebnis für die einzelnen Betriebe ist folgendes:

Table with 7 columns: Es erhielten, freie Gem., Christl. Gem., Betriebsratsmitglieder (freie Gem., Christl. Gem.), Ergänzungsmitglieder (freie Gem., Christl. Gem.). Rows include Krankenanstalten, Fuhrpark, Gas-, Wasser- u. Elektr., Innere Verwaltung, Tiefbau, Stadttheater, Schlacht- u. Viehhof, Gartenverwaltung, Badeanstalt, Vermessungsamt, and a total row.

Die Betriebsratswahl für die Emscher-Genossenschaft zeigte folgendes Ergebnis: Die Liste der Arbeiter erhielt folgende Stimmen: freie Gewerkschaft 87, christliche Gewerkschaft 42. Die Liste der Angestellten: freie Gewerkschaften 136 Stimmen, Christliche und Selbe 52 Stimmen. Der Betriebsrat besteht aus 3 Arbeitern und 4 Angestellten. Es erhalten demnach: die freie Liste der Arbeiter 2 Betriebsratsmitglieder und 5 Ergänzungsmitglieder, die christliche Liste der Arbeiter 1 Betriebsratsmitglied und 2 Ergänzungsmitglieder, die freie Liste der Angestellten 3 Betriebsratsmitglieder und 5 Ergänzungsmitglieder, die christliche Liste der Angestellten 1 Betriebsratsmitglied und 2 Ergänzungsmitglieder.

Staatsarbeiter

Staatsarbeiter erhalten die verminderte Arbeitszeit infolge der Abstimmung in Oberschlesien bezahl. Unter dem 31. März ging dem Verbandsvorstand vom Reichsminister der Finanzen die nachstehende Mitteilung zu:

„Auf Grund vorliegender Anträge erkläre ich mich damit einverstanden, daß den Angestellten und Arbeitern der Reichsbehörden und Reichsbetriebe für die Tage, an denen sie infolge Teilnahme an der Abstimmung in Oberschlesien an der Ausübung ihres Dienstes verhindert waren, die Vergütung bzw. der Lohn unverkürzt weitergezahlt wird.“

Flußbauarbeiter in Medienburg-Schwerin. Die Flußbauarbeiter in Medienburg-Schwerin arbeiten noch immer unter den ungünstigen Verhältnissen, die es nur geben kann. Ihr Lohn beträgt pro Stunde

der modische Schuh und der Sonnenschirm, z. T. auch der Ruff; ein Hut wird, wenn überhaupt, nur noch außerhalb der Kolonie getragen. Das Eigenkleid herrscht vor; die alten, gediegenen Stoffe werden bevorzugt; die Anfertigung geschieht vielfach von eigener Hand. Im übrigen ist namentlich die Arbeitskleidung, auch bei den Männern, so leicht und einfach wie möglich, so wie es eben das Freileben, die Rücksicht auf Hautpflege und Abhärtung verlangt.

Was sodann die Lebensführung und ihre Wandlung betrifft, so war oben bereits mehrfach davon die Rede; auch hier handelt es sich zunächst um den äußeren Menschen. Neben den schon erwähnten Einzelheiten kämen an sonstigen gesundheitsfördernden, mehr oder weniger eingebürgerten Gewohnheiten noch in Betracht: Körperpflege aller Art, je nach dem medizinischen Glaubensbekenntnis des einzelnen, verbesserte Ernährungsgebräuche, zeitiges Schlafengehen und Aufstehen, geregelte Lebensweise, Maßhalten im Genießen, Bevorzugung ländlicher Daseinsfreuden gegenüber den städtischen, Vermeidung des Rühiggangs, bei Kindern auch die frühzeitige Anweisung zu nupbringender Tätigkeit auf der Heimstätte usw. Dank dieser besonderen Lebensrichtung ist denn auch im Edener Einzel- und Gemeinschaftsleben die Grundstimmung eine freudige, lebensbejahende, und dies in Verbindung mit der besseren wirtschaftlichen Lage und den sonstigen Gewohnheiten und Grundfragen äußert sich naturgemäß in erhöhter Widerstandskraft im Daseinskampfe. So sind z. B. auch die Räte und Schäden des Krieges in Eden wesentlich leichter getragen worden als irgendwo anders; denn was man zu deren Ueberwindung der übrigen Bevölkerung noch erst von Amts wegen als neuen und außergewöhnlichen Hellsamer predigen mußte, das war in Eden von jeher eine Selbstverständlichkeit gewesen.

Das Fortschende leitet noch zu einer Betrachtung anderer Art über. Bekanntlich steht mit der weiblichen und wirtschaftlichen Ge-

nicht mehr als 3,50 Mf. Man stützt sich in der Verwaltung immer auf den Eisenbahntarif, die besonderen Vergünstigungen läßt man aber außer acht. Die Flußbauarbeiter beziehen nur ihren reinen Stundenlohn von 3,50 Mf. ohne jede weitere Vergünstigung. Es muß hier aber bemerkt werden, daß die Verhältnisse doch wesentlich anders liegen als bei der Eisenbahn. Schon die Ausrüstung der Flußbauarbeiter ist eine andere als bei den Eisenbahnern. Wenn der Flußbauarbeiter sich nicht mit guter Ausrüstung versehen wird, er bald keine Arbeit wegen Ertrantung verlassen muß. Wie mit der Kleidung steht es auch mit der Lebensmittelausrüstung. Für eine ganze Woche müssen sich die meisten Kollegen ausrüsten, dies bedeutet in der heutigen Zeit mehr als eine doppelte Ausgabe im Hausstand. Nun hatten die Flußbauarbeiter durch die Organisation am 3. Februar eine Lohnforderung auf 4,50 Mf. die Stunde gestellt. Nach umfangreichem Schriftwechsel fand endlich am 29. März eine Verhandlung statt. In dieser wollte man den Arbeitern eine Zulage von 10% und schreibe 15 Pf. gewähren. Dieses Angebot wurde von den Arbeitervertretern abgelehnt. Die Arbeiter haben durch ihre Organisation die Sache dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Hoffentlich zeigt dieser das nötige Verständnis, den Arbeitern ihr Recht zuzusprechen. Gesagt muß allerdings werden, daß ein Teil Arbeiter selbst Schuld an der Haltung der Verwaltung trägt. Sie sollten endlich einsehen, daß es notwendig ist, fest und treu zur Organisation zu stehen.

Breslau. In der Versammlung aller Reichs- und Staatsarbeiter am 4. April referierte Kollege Marsch über: „Was hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für die Reichs- und Staatsarbeiter geleistet?“ Für die Breslauer Verwaltungsarbeiter sind allein im Jahre 1920 5 Tarife abgeschlossen worden, die insgesamt 220 Proz. Lohnaufbesserung brachten. Betont wurde, daß schon seit 1919 eine eigene Reichssektion für ausgiebigste Interessenvertretung aller Staatsarbeiter sorgt, daß unsere Sektion durch Entsendung von Kollegen es verstanden hat, sich Plätze im Bezirksratsrat der Abwidlungsteile Schlesiens, in der Sonderprüchammer beim Schlichtungsausschuß der Stadt Breslau für die Reichsbehörden und im Sonderprüfungsausschuß für die preussischen Staatsbehörden zu sichern. Auch hieraus geht hervor, daß unsere Organisation für die Staatsbetriebe führend ist. Keine andere freigewerkschaftliche Organisation hat daher das Recht, in den Reihen unserer Mitglieder zu agitieren, wir nehmen selbst das Recht für uns in Anspruch, unsere Mitglieder über alles Wichtige aufzuklären.

• **Canditstraßenwärtter** •

Weimar. In der Versammlung der Landstraßenwärtter von Groß-Thüringen am 25. März berichtete Gauleiter Stierwald über die Verhandlungen wegen Lohnaufbesserung und Abschluß eines Tarifvertrages. Aus seinen Ausführungen ergab sich, daß die Regierung nicht gewillt sind, die von der Organisation gestellten Stundenlöhne von 5 Mf. pro Stunde zu bewilligen. Die Verhandlungen endeten ergebnislos. Ein Schiedsgericht muß die Herren zur Vernunft bringen. Bei den Straßenwärttern bestehen noch Löhne von 2,30 Mf. pro Stunde. Schnelle Hilfe tut not. Kollege U h d e gab Aufschluß über die Ruheohnbestimmungen und betont, daß diese in aller Kürze geregelt werden müssen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für Beibehaltung der gestellten Forderungen

und die Hebung der Sittlichkeit in enger Wechselwirkung. Es drängt sich daher an dieser Stelle die Frage auf, wie es denn in diesem Punkte in Eden bestellt sei. Sind die Edener in Eden gestitteter, verträglicher, menschlicher geworden, als sie vordem waren, oder als sie es in der Stadt geblieben wären? Hat heute ihre Jugend schon mehr Tugend, als den Eltern eigen war? Wer die Menschenkenntnis kennt, wird hier gewiß noch keinen zu schnellen Fortschritt erwarten. Andererseits ist aber auch für die Beantwortung dieser Frage zunächst und hauptsächlich die Besonderheit der Edener Bevölkerung ausschlaggebend. Eden wurde aber nicht nur von solchen Menschen aufgesucht, die sich in der Stadt gesundheitlich bedroht fühlten, sondern auch von solchen, die von dem städtischen Leben und Treiben angewidert wurden und sich nach einer reineren Umwelt sehnten; bei den meisten mögen beide Beweggründe vereint gewirkt haben. So wurde Eden vorzugsweise ein Zufluchtsort von Leuten mit anfänglicher Gesinnung, und das ist es, was ihm zunächst seine gesellschaftliche Prägung verlieh. Als Grundzug der Edener Kultur darf man daher neben dem Drang nach Gesundheit und Freiheit auch das Streben nach Sittlichkeit bezeichnen, und dieser Grundzug beginnt sich je länger um so mehr durchzusetzen, dank dem Zustrom an Lebensreformerischem Wollen, der in der beginnenden Gesundung und Aufzartung der Bevölkerung seine Quelle hat. Man braucht nicht allzulange auf der Kolonie gelebt und vertehrt zu haben, um zu erkennen, daß das öffentliche Gewissen bereits stark genug ist, um manchen gegenteiligen Einflüssen den Weg zu verlegen, und daß die Mehrzahl der Edener bewußt auf eine gesündere Luft im Genossenschafts- und Einzelleben, in Ehe und Familie hinarbeitet. Erleichtert wird dieses Streben durch mancherlei Umstände: durch die Verbannung des Friedensstörers Alkohol, durch Ausschaltung oder Wiedereingliederung von Gegenfähigkeiten, die in Standesunterschieden und wirt-

aus und forderten die Organisationsleiter auf, alsbald die Sache zum Abschluß zu bringen. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „1. Die am 25. März 1921 in Weimar verammelten Straßenwärtter von Groß-Thüringen stellen sich öffentlich hinter die eingereichten Forderungen ihres Verbandes. Sie fordern erneut die Organisation auf, energische Schritte bei der Staatsregierung zu unternehmen, damit ein Tarifvertrag abgeschlossen wird. Es wird von der Staatsregierung erwartet, die Straßenwärtter nicht mehr als Arbeiter zweiter Klasse zu behandeln, sondern die Straßenwärtter sind diejenige Gruppe, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen am meisten leiden. Das Staatsministerium ist endlich anerkennen, daß schnelle Hilfe für die Straßenwärtter an der Spitze ist.“ — 2. Die am 25. März 1921 in Weimar verammelten Straßenwärtter Groß-Thüringens erklären einmütig, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Einheitsorganisation für die Straßenwärtter Groß-Thüringens ist, und ersuchen alle Straßenwärtter Groß-Thüringens, sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter restlos anzuschließen.“

• **Theaterarbeiter** •

Breslau. Nach langwierigen Verhandlungen und nach Anrufung des Schlichtungsausschusses konnte der Tarif für das Bühnenpersonal des Schauspielhauses abgeschlossen werden. Er tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft und gilt bis 30. September 1921 mit der Maßgabe, daß ein Auf- oder Abbau der Löhne erstmalig auf Grund jeder im Monat Mal vom Lohnamt errechneten Indizesiffern eintritt. Jeder ein Jahr im Betriebe Beschäftigte erhält 14 Tage Urlaub. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. Im Krankheitsfalle wird der Lohn unter Abzug der reichsgesetzlichen Leistungen auf die Dauer von 6 Wochen weiter gezahlt. Folgende Löhne werden pro Monat gezahlt: Requisiteur, Schürbodenmeister 1020 Mf., Seitenmeister, Fiskler, Oberkellner 895 Mf., Bühnenknecht, Wäbeltäger, Fiskler 970 Mf., 1. Böttner 540 Mf., 2. Böttner 750 Mf., Schneiderinnen 600 Mf., Friseur 670 Mf., Friseurin 380 Mf., Kehrfrauen 265 Mf., Schlichter und Schlichterinnen 135 Mf., für Textbuchverkauf pro Monat 0,05 Mf., Garberoben und Toilettenfrauen 100 Mf., Häftgebühren und Hilfsarbeiter pro Vorstellung 6,50 Mf., desgleichen für Sonntagstagsdienst 16 Mf., für Ziehen des äußeren Vorhanges pro Monat und Vorstellung 0,50 Mf., für Ziehen des Hauptvorhanges pro Monat und Monat (2 Mann) 10 Mf., für Ueberstunden nach der Vorstellung bis früh 8 Uhr 7,50 Mf., Kinderzulage für jedes Kind pro Monat 25 Mf., Krankegeld und Anwaltsgehalt wird nicht abgezogen. Die Kolleginnen und Kolleginnen unserer Sektion Theater haben erkannt, daß nur ein gemeinsames Zusammengehen ihnen das Erreichen angemessener Löhne und Tarifverhältnisse möglich machen kann. Darum rufen wir ihnen allen zu, sich unserer Organisation anzuschließen! Es ist zu ihrem eigenen Besten!

• **Wirke, bilde!** •

Wirke, bilde! Ob im Leben, | Frau dich, wenn es Frucht getrogen
Ob im Zauberland des Scheins, | Aber köstlicher noch bleibt
Zwing' des Stoffes Widerstreben, | Jener Tropfen Unbehagen,
Soll mit deinem Schaffen eins. | Der zu neuem Werte treibt!
Friedrich Adler.

schaftlichen Abhängigkeiten gelegen sind; weiterhin auch — und dies ist bei der geistigen Buntständigkeit der Edener Bevölkerung von besonderer Bedeutung! — durch pflichtgemäße Duldsamkeit gegenüber anderen Meinungen und Ueberzeugungen. Ferner bringt die in Eden vorherrschende Wohnweise — Einfamilienhaus — es mit sich, daß die zahlreichen Reibungsflächen fortfallen, die bei den zusammengepferchten Stadtmenschen zu nie endenden Zwistigkeiten führen. Schließlich ist aber auch der Landbau derjenige Beruf, der die Arbeit am meisten schont, das seelische Gleichgewicht erhält und den äußeren und inneren Frieden fördert. Dies alles macht zwar aus Eden nicht lange kein Paradies — es menschelt selbsterständlich auch hier! — schafft aber doch eine Umwelt, in der auch fortgeschrittene Lebensreformer sich wohlfühlen können, und die sich neben städtischen Verhältnissen immerhin schon leben lassen kann. So z. B. will es doch schon etwas bedeuten, wenn während des 25jährigen Bestehens der Edener Gemeinde noch kein Mitglied derselben in einen Strafprozess verwickelt wurde, und wenn die zur Rettung und Hebung verdorbenen, sittlich gesunkener Menschen bestehenden öffentlichen Einrichtungen bisher noch in keinem einzigen Falle von Eden aus in Anspruch genommen zu werden brauchten. Für die Urangewissenheit kennzeichnend ist auch z. B. die Tatsache, daß man — dies ist eine persönliche Erfahrung! — jahrelang als Mann auf Eden leben und vorzugsweise in Männergesellschaft verkehren kann, ohne auch nur eine einzige Jote zu hören, und daß der die Weltate, über die Wahrrübe Ton der städtischen Jugend sich bei den Edener Kindern nicht mancher unvermeidlichen Berührung mit der Außenwelt nicht empfinden vermocht hat.

In dieser Verbindung lie auch noch der wohlthätigen Wirkung nach, die die Lösung der Bodenfrage durch genossenschaftlichen Zusammenschluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und auf die

Die
Pflast
der
Leben
punkt.
lernte
auch
nicht
sache
Der
als
man
und
eine
Gemein
das
Aben
vom
13
Handw
ordnung
Lehrjah
Regel
Handw
Lehrzeit
eine
nicht
alle
Pflaster
schreiben
sich,
dies
nangem
wohl
m
ausgeb
haben.
der
Es
ist
d
jungen
schalt
Verbre
kenntn
Unter
man
alt
leit
in
zeichnen
sich
die
acregit
die
m
es
geim
Er
Verf
Die
Er
der
St
teidat
Namen
gab
h
der
P
Gest
lungs
tum;
den
ih
erh
ist
dur
Refr
genie
dor
geh
Die
lebe
wer
mer
ist
dies
Tabak
Aino
bur
Solom
der
Zu
natur
so,
Erwa
Vorach
be-fo
Werde
Erhe
in
Betr

Aus unserer Bewegung

Düren. (Wer ist Handwerker?) Die Maurer, Pfisterer und Plattenleger wurden bisher nach der Lohngruppe 2 des Bezirkstarifs bezahlt. In einer der letzten Arbeiterratsitzungen vertrat der Arbeiterrat den Standpunkt, daß die Maurer, Pfisterer und Plattenleger als gelernte Handwerker anzusehen und zu bezahlen sind, wenn sie auch nicht eine eigentliche Lehrzeit hinter sich haben. Die Hauptsache sei, daß diese Arbeiter ihre Arbeiten sachgemäß ausführen. Der Stadtbaurat war anderer Ansicht. Er wollte nur solche Leute als Handwerker betrachten wissen, die eine Lehrzeit durchgemacht und dementsprechend auch einen Lehrbrief ausweisen können. Als eine Einigung nicht zustande kam, beschloß man, ein Gutachten der Handwerkersammer Aachen einzuholen. Wir geben nachstehend das Gutachten im Wortlaut wieder, weil es für das ganze Rheinland eine gewisse Bedeutung hat: Auf das gest. Schreiben vom 18 Februar erwidern wir ergebenst, daß im allgemeinen als Handwerker nur diejenigen gelten können, die ein Handwerk im ordnungsmäßigen Lehrgange während der vorgeschriebenen drei Lehrjahre erlernt haben. Den Abschluß der Lehrzeit bildet in der Regel die Gesellenprüfung, und weichen viele Gemeinden als Handwerker nur diejenigen, die die ordnungsmäßig zurückgelegte Lehrzeit durch Bestehen der Gesellenprüfung nachweisen können. Eine gesetzliche Pflicht, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen, besteht allerdings nicht. Bezüglich der Maurer, Pfisterer (Püker) und Plattenleger ist allerdings auch eine Lehrzeit von drei Jahren vorgeschrieben und bringen die Verhältnisse in diesen Handwerken es mit sich, daß in den meisten Fällen junge Leute eine Lehrzeit nicht ordnungsmäßig durchmachen. Diese Erscheinung findet ihre Erklärung wohl mit darin, daß diese Handwerke meistens im Winter nicht ausgeübt werden und daß die meisten daher wenig Interesse daran haben, junge Leute als Lehrlinge einzustellen; diese auch während der stillen Zeit als Lehrlinge beschäftigen und entschädigen müssen. Es ist deshalb leider wohl als Regel zu betrachten, daß die meisten jungen Leute in diesen Gewerben zunächst nur als Handlanger beschäftigt werden, dann in den nächsten Jahren mit allen anderen Arbeiten beschäftigt und sich so allmählich auch all die anderen Kenntnisse aneignen, die man von einem Gesellen fordern kann. Unter diesen Umständen würde es u. E. eine Härte bedeuten, wollte man ältere Leute, die auf solche Weise durch die vieljährige Tätigkeit in das Handwerk hineingewachsen sind, nicht als vollwertig betrachten. Allmählich beginnt sich auch in diesem Gewerbe die Ansicht durchzusetzen, daß diese Verhältnisse ungesund sind und eine geregelte Lehrgangshaltung auch hier unbedingt notwendig ist. Durch die immer mehr fortschreitende Organisation des Handwerks wird es gelingen, in absehbarer Zeit auch hier Ordnung zu schaffen.

Erfurt. Auf Antrag der Betriebsräte nahm am 29. März eine Versammlung der städtischen Arbeiter Stellung zur politischen Lage. Die Ortsverwaltung hatte vier Referenten bestellt. Die Redner der SPD, der USP, und der Syndikalistinnen verurteilten das Treiben der Kommunisten, während der Vertreter der KPD. letzteres verurteilte. An der Diskussion beteiligten sich Gauleiter Stierwald, Nämmerer Weidmüller und Genosse Lufmann. Kollege Hoppe gab hierauf den Kartellbericht. Ueber die Sitzung des Ortsausschusses der Jata referierte Kollege Zippel. Der Ortsausschuß setzt sich

nun wie folgt zusammen: Vorsitzender Kollege Zippel, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 2. Vorsitzender Sekretär Fißch, Bund der technischen Angestellten und Beamten, 1. Schriftführer Godenam, Zentralverband der Angestellten, 2. Schriftführer Kollege Füllgäbe, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Vorsitzender Kollege Rank, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und ein Kollege vom Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

Cölan l. Sa. In der Mitgliederversammlung am 22. März 1921 schilderte Gauleiter Preißler die Schwierigkeiten, mit welchen zu rechnen sein wird bei der Aufstellung eines neuen Mantelstarifs. Ferner geißelte er die Haltung des Ministeriums des Innern in Sachen zur Frage der Ruhegehörordnung. Die Regelung des § 2 im Lohnstarif soll in jeder Gemeinde durch den Betriebsrat geschehen. Der Samariterkolonne wurden aus der Füllkastasse 125 Mk. bewilligt. Die Kosten für Teilnehmer am Kursus werden ebenfalls von der Füllkastasse übernommen. Ferner wurden 30 Mk. bewilligt als Kranzpende für verstorbene Kollegen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Syndikalistinnen gegen den Kommunismus. Daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände Gegner jedes Putschs sind und somit den eben erst verflochtenen Kommunismus ebenso verwerfen, wie den vorjährigen Kapp-Putsch, ist allgemein bekannt und bedarf keiner langen Darlegungen. Interessant ist aber, wie „Der Syndikalist“, das Organ der Freien Arbeiterunion, sich gegen die kommunistische Putscherei wendet. In seiner Nr. 13 steht ein Artikel mit der Überschrift: „Schrittmacher der Reaktion“, in dem es u. a. heißt:

„Die Syndikalistinnen haben mit den Märzputschen des Jahres 1921 absolut nichts zu tun! Diese ganze „Action“ ist das Werk der innerlich verkauften KPD., die auf Weisung und Befehl von Moskau handelte, um sich bei den deutschen Arbeitern endlich einmal durchzusetzen. Trotz der Millionen und aber Millionen, die von der russischen Regierung der Zentrale der KPD. geliefert wurden, konnte dieses Gewächs niemals eine breite Grundlage in Deutschland finden. Jetzt endlich sollte mit einem Wackdruck aus Moskau die russische Methode aus Deutschland übertragen werden, die Revolution in Deutschland „gemacht“ werden. Ein Beginnen, so irrsinnig, daß es eigentlich von jedem Arbeiter, der sich als Sozialist fühlt, längst als abgetan gelten sollte. ... Sprechen wir zunächst einige Wahrheiten aus, die von allen Arbeitern anerkannt werden müssen, wenn sie auch in vielen Parteien und Gewerkschaften zerstückelt sind: Noch niemals lebte die deutsche Arbeiterchaft unter so verhältnismäßig freien politischen Verhältnissen als in den letzten Monaten. Verarmungs- und Freiheitskriege waren geradezu unbeschänkt. Deutschland war das Land der ständigen Revolutionäre aller Länder geworden. Sie konnten sich hier unbedenklich bewegen. Und wenn wir auch in Deutschland bisher kaum die Anfänge einer politischen oder gar einer wirtschaftlichen Revolution zu verzeichnen hatten, so müssen wir dennoch feststellen, daß eine so starke geistige Revolution wohl kaum in irgend einem Lande der Welt zu verzeichnen ist. Vor allem in der deutschen Arbeiterchaft gärt und brodet und kocht es und sucht nach Gestaltung. Jeder große Fortschritt aber wird immer aus der Erziehung und aus der Selbstbildung geboren. Erst aus der geistigen Revolution kann auch die große wirtschaftliche Revolution kommen. ... In Mitteldeutschland hielt die grüne Polizei auf Befehl von Hirsing, der wieder im Auftrage von

nur um ganz vereinzelte Gelegenheiten meist außerhalb Edens; von gewohnheitsmäßigem Genuß war in keinem einzigen Falle die Rede. Dementsprechend hatten lärmliche Kinder noch nie mals in Eden. ... von ihnen aber überhaupt noch nie einen Betrunknen gesehen. Was andererseits das Kulturleber des Rauchens betrifft, so ist es Tatsache, daß jene leidige Wertpörperung städtischer Jugendkultur, der zigarettenrauchende halbwüchsige Bengel, in Eden eine unbekanntes Erscheinung ist.

Streifen wir schließlich noch in Kürze das sittlich am meisten danielerliegende Lebensgebiet, das geschlechtliche, so liegen auch hier bereits Anzeichen dafür vor, daß das genossenschaftliche auf innere Erneuerung gerichtete Zusammenleben der Siedlung vorarbeitet. Es darf die Behauptung gemacht werden, daß Eden schon heute frei ist von Prostitution und Geschlechtskrankheiten, und daß auch die Zeit wohl nicht mehr ferne ist, wo auch die bekanntesten Verfallserscheinungen des ehelichen Lebens mehr und mehr verschwinden dürften. Dem Eingeweihten sind die Anfänge dazu schon jetzt nicht verborgen.

Nach alledem gelangen wir zu dem Schluß, daß Eden einen ausichtsreichen Weg beschritten hat, um inmitten des allgemeinen Niederganges eine Stätte aufsteigenden Lebens zu schaffen, und zwar ganz ohne fremde, insbesondere staatliche oder kirchlich-Unterstützung, einzig auf die im Volke selbst wirkenden Kräfte gestellt. Häit es daher auch fernerhin an seinen Grundfäden fest, wehrt es dauernd alles ab und schloßt es alles aus, was an fremdem Wesen sich zuhränat oder einschleicht. — aelnt es ihm vor allem, die Jugend auf seiner Scholle heimlich zu machen, dann wird hier demal einst das Ziel der Lebensreform, die bewusste Erfüllung der natürlichen Lebensbedingungen, reiflos verwirklicht werden.

Dr. Landmann.

Gesittung auszuüben vermag. In Eden ist ja das gesamte Siedlungsgebiet gemeinsames, für ewige Zeiten unverkäufliches Eigentum; der Siedler ist lediglich Nutznießer des Bodens, und so wird bei ihm jede Neigung zu bodenwucherischer Betätigung schon im Keime erstickt. Auch für den Fall eines Verkaufs von Haus und Kulturen ist durch Vertrag und Säkung Vorstufe getroffen, daß eigensüchtige Bestrebungen im Zaume gehalten werden. Andererseits bewirkt diese genossenschaftliche Ordnung, daß Eden rechtlich ein Privatgrundstück darstellt, von dessen Betreten ein jeder, dessen auch nur vorübergehende Anwesenheit unerwünscht ist, ausgeschlossen werden kann. Die Verwaltung übt das Hausrecht und wacht darüber, daß die lebensreformistischen Ziele der Siedelung von niemandem gefährdet werden; sie beschränkt also ganz bewußt die Freizügigkeit und Gewerbetreiberei. So wird z. B. kein Alkoholausschank geuldet; Eden ist daher bis jetzt die erste und einzige „trodengelegte“ Gemeinde in Deutschland. So könnte sich in Eden auch keine Schlächterei, kein Tabakladen, kein Vertrieb von Schmutzliteratur, kein „modernes“ Kino, kein Tingeltanale, kein Bordell, keine Spielhölle, kein Wettbureau aufstun; derartige Betriebe würden schon an der Schwelle der Kolonie zurückgewiesen werden. Diese planmäßige Sauberhaltung der Siedelung von mehr oder weniger anrüdigen Gewerben kommt naturgemäß am meisten der Jugendpflege zu Sisse; denn man weiß ja, wie sehr unter anderen Verhältnissen das schlechte Beispiel der Erwachsenen die Erziehung erschwert. Daß aber einem derartigen Vorhaben der Erfolg nicht verlagst bleibt, lehrt das Edener Beispiel insbesondere auf dem Gebiete der Alkohol- und Tabakbekämpfung. Erheblich die bemerkenswerte Feststellung gemacht, daß „a der Kinder (in allen Altersklassen von 6 bis 14 Jahren) noch niemals geistige Getränke genossen hatten, und auch bei den übrigen handelte es sich

Gevertag handelte, keinen Einzug. Es ist selbstverständlich das Recht der Arbeiter, sich dagegen zu wehren. Das taten denn auch die Arbeiter in dem betroffenen Gebiet. Die neuen Macher der Zentrale der R.F.D., die Brandler, Söder, Böttcher, Ernst Meyer, Wegmann und Sievers, diese Menschen ohne Verantwortlichkeitsgefühl und mit mikroscopischen Gehirnen, aber begannen eine Hege in der Berliner „Noten Fahne“, die jeder Beschreibung spottet. Sie führten eine Sprache, die die armen Leser dieser Zeitung komplett verrückt machen mußte, die sie zu jeder Schandtat oder Dummheit auffachte. Die befohlene, unterirdische, illegale Organisation der R.F.D. mußte ohnehin alle zweifelhaften Areaturen wie das Licht die Motten an sich ziehen. Kein anderer als der R.F.D. Abgeordnete Braß-Kempe hatte ja am 14. April 1920 in der Nationalversammlung besonnen müssen, daß das Spitzelwesen innerhalb der R.F.D. überhandgenommen hatte. Bezirksleiter der R.F.D. waren gleichzeitig Offiziere der Reichswehrbrigade. Braß sagte wörtlich: „Solche Leute werden in diese Organisationen hineingeschleppt, um Putsch zu propagieren.“ ... Inzwischen hat dieser Säulsteinprozess immer größeren Umfang angenommen. Je härter der Siron der Gewerkschaft aus Achtung floß, je höher stieg die Flut der Korruption innerhalb der R.F.D. Streber und Gauner aller Kaliber drängten sich zu ihr. In die abstrakt nicht zusammenhängenden Gebieten Deutschlands geschoben plötzlich Dynamitladungen auf Gebäude. Das kann nur das Werk von bezahlten Spiegeln sein. Dazu lag in diesen Tagen keinerlei Anlaß vor. Der beabsichtigte Zweck konnte nur sein, Ausnahmeerlasse gegen die Arbeiterkassen zu verhängen. Und die Karte, die sich um die Redaktion der Berliner „Noten Fahne“ scharen, brachten es fertig, diese Wahnsinnskatzen den Anarchisten in die Schuhe zu schieben. Es ist eine alte Schwelgerei dieser Burschen, die Massen aufzupuffen, sie dann im Stiche zu lassen — wie auch diesmal die ganze Zentrale der R.F.D. sich auf Leisen besinnen soll nach aller Herren Länder — und andere Arbeitergruppen der eigenen Verbrechen zu beschuldigen. Nachdem die „Noten Fahne“ tagelang zum betrafftesten Zustand gebracht hatte, schwenkte sie plötzlich um und predigte dann nur noch den Generalkrieg. Inzwischen aber war an vielen Orten Deutschlands kostbares Arbeiterblut nutzlos vergossen worden. Zweifelhafte Kreaturen führten Arbeitstafeln vor die Gerichte der Soldateska. Und das gerade in einem Augenblick, wo die Entente-regierungen die letzten Anstrengungen machten, um Ordsch und Sicherheitswehren in ganz Deutschland, einschließlich Bayern, zu entwirren. Jetzt hat man den Reaktionen und Monarchisten wieder die Massen in die Hand gespielt, um diese monarchistischen Geheimorganisationen aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich war diese ganze puschelische Aktion der R.F.D. dem ganzen bürgerlichen Preßgesicht ein gesundes Gesicht, um ihre Leser mit Lügennachrichten zu füttern. Uebertrassen wurden diese Massenlügen nur noch von der Berliner Noten Lügenfabrik. Unmöglich, alle diese Lügen hier auch nur auszuwählen. Ganz Deutschland sollte nach dieser Sorte Verleumdung in Flammen stehen. In Hunderttausenden sollten sich nach diesen Verleumdungen die Arbeiter im Streit befinden. Wir Syndikalisten rücken ab von den Verberbersozialisten. Wir müßten selber jähnelnischend im Berliner „Vorwärts“ manchen lesen, was die Situation richtig deutet. Wir wissen, daß leider den Parolen der R.F.D.-Zentrale noch immer Menschen folgen, die reinen Fetzens sind und absolut nichts mit „Lumpenproletariern“ zu tun haben. Wir lassen diesen Begriff überhaupt nicht gelten. Wir unterscheiden nur zwischen anständigen und unanständigen Menschen. Wir Syndikalisten rücken auch ab von den Kaufberg und Hoffheim, die zur „revolutionären Justiz“ aufstiegen an den Machern dieser Revolutionsmasche. Die Reaktionsgehenden der „Noten Fahne“ aber haben kein Recht, sich zu beschweren über die bestialische Brut der Soldaten des kapitalistischen Staates. Wir Syndikalisten hören es Hunderte von Malen, daß die Syndikalisten die ersten sein würden, die „an die Wand gestellt“ werden, wenn die R.F.D. das Regierungsruder in die Hand nähme. Solche Karte dürfen sich nicht beschweren darüber, daß die Konterrevolutionäre von ihren Machtmitteln, von Pulver und Blei, Gebrauch machen. Wir Syndikalisten rücken ab auch von der R.F.D., die in ihren Organen den Phrasenschwall der R.F.D.-Zentrale noch zu überreffen sucht. Und wir rücken ab von der mit der R.F.D. eng verbundenen Masse einen Arbeiter-Union, die dieselben etelhaften Töne anschlug.

Soweit also die Auslassungen des „Synndikalisten“ gegen die Kommunisten beider Fakultäten. Bemerkten möchten wir noch, daß das Blatt auch von den freien Gewerkschaften abdrückt, wogegen nichts zu sagen wäre, weil wir uns grundsätzlich von den Syndikalisten unterscheiden. Nur finden wir es reichlich albern, wenn das Blatt behauptet, die Gewerkschaften seien neben der SPD. und der U.S.P. die Organisationsform der deutschen Konterrevolution. Warum haben dann wohl die Gewerkschaften im Verein mit diesen beiden Parteien den Rapp-Busch vermittels des Generalkriegs niedergeschlagen?

Der 14. Verbandstag der Böttcher usw. taate vom 29. Februar bis 5. März in Frankfurt a. M. Der Verband zählt zurzeit 13.000 Mitglieder. Der Verbandstag beschloß eine Beitragserhöhung auf 4,20 M. bei 5 M. und mehr Stundenlohn, 3,20 M. bei einem Stundenverdienst von unter 5 M. Frauen und Jugendliche zahlen in Zukunft 2,10 M. Die Unterkümmungssätze wurden um 50 Proz. erhöht. Die Streitunterstützung darf bis 132 M. wöchentlich betragen. Ueber „Berufs- oder Industrieverband“ referierte das Verbandsmitglied Fürtchenicht. Der Korreferent Schäfer trat für Verharmlosung mit dem Holzarbeiterverband ein. Der Verbandstag nahm schließlich mit 55 von 63 Stimmen folgende von Fürtchenicht vorgeschlagene Resolution an:

„Der 14. Verbandstag der Böttcher erkennt die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses mit anderen verwandten Organisationen zur Industriearbeiterorganisation im Prinzip an. Der Verbandstag verkennt nicht die Schwierigkeiten, die ganz besonders in unserer Organisation zu überwinden sind, um einen geschlossenen Uebertritt der Mitglieder zu ermöglichen. Die Generalversammlung beauftragt die Verbandsleitung, nach Abschluß der Vorarbeiten der zu dieser Frage eingesetzten Kommission des Gewerkschaftsbundes und der endgültigen Beschlußfassung des nächsten Gewerkschaftstages, in dem Sinne die nötigen Vorarbeiten mit den in Frage kommenden Organisationen zu treffen. Der eventuelle Zusammenschluß oder Uebertritt zur Industriearbeiterorganisation hat alsdann zum Abschluß zu erfolgen.“

Ein Beirat von 7 Personen wurde dann eingesetzt. Binzelmann, der infolge seiner Tätigkeit als Volksbeauftragter von Bremen die Opposition erfaßt hatte, wurde mit 38 Stimmen und 25 weißen Zetteln zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Redner der Opposition erklärten vernünftigerweise, unter lebhafter Zustimmung des Verbandstages, daß sie nach dieser Entscheidung im Lande energisch für die Organisation tätig sein und auch die Arbeit des Verbandsvorsitzenden Winkelmann unterstützen wollten.

◆ Internationale Rundschau ◆

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt anläßlich des 1. Mai eine Proklamation an die Arbeiter der ganzen Welt. Darin wird unter anderem gesagt, in diesem Jahre müßten die Arbeiterkündigungen am 1. Mai großartiger denn je sein. Die Reaktion werde in allen Ländern immer kühner. Die Bourgeoisie widerstehe sich mit steigender Energie den Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen seien von seiten der Regierungen stetigen Reibungen ausgesetzt. Die Bemühungen der Vertreter des Großkapitals, die Regierungen unter ihre Vormundschaft zu bringen, werden jeden Tag stärker. Man müsse an die Ourellanten erinnern, die gegen die Kameraden in Irland, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von Amerika begangen worden seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, den in allen Ländern die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, namentlich aber die Begrenzung der Arbeitszeit, erfaßt. Schließlich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, den die Leitungen des Völkerbundes zeigten, um die wirtschaftliche Wiederaufholung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Weltwirtschaftsproblem zu lösen und die Verteilung der Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten wird sich die Arbeitslosigkeit überall verschärfen und der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien verewigen. Anstatt rasch und energisch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch die Länder, deren Wirtschaft entwertet ist, und durch die Begünstigung der rationalen Verteilung von Rohmaterialien, machten die Leiter des Völkerbundes sich beispielsweise verantwortlich für die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während gleichzeitig die deutschen Bergarbeiter gezwungen waren, Ueberstunden zu leisten. Ferner müsse an die Zwangsstrennungen der Bourgeoisie aller Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern. Mehr denn je müßten sich die Arbeiter aller Länder zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangspunkt einer energischen Handlung sein zugunsten der von den organisierten Arbeitern auf dem letzten Kongreß in London am 1. November gestellten Forderungen, nämlich der Sozialisierung des Bodens und der Produktionsmittel und des Antrittens der Abmachungen von Washington sowie des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch die Regelung der Verteilung der Rohmaterialien. Der Propaganda für diese Forderungen müsse der 1. Mai gewidmet sein. Die Rundgebung schließt, die Organisationen sollten dafür sorgen, daß am 1. Mai die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten 24 Millionen Arbeiter sich erheben zur Eroberung einer menschlichwürdigen Existenz. Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter.

Die Gewerkschaftsinternationale zur Wiedergutmachungsfrage. In der zweiten Märzhälfte haben in Amsterdam Konferenzen der Gewerkschaftsinternationale, der Zweiten sozialistischen Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Richtung U.S.P.) stattgefunden, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftigten. Ueber die Gewerkschaftsinternationale erzählte das „Korrespondenzblatt“ des A.D.Z. in Nr. 15: „In voller Erkenntnis der Notwendigkeit, den abgerissenen Weltwirtschaftsverband da wieder aufzunehmen, wo ihn die fünfjährige Berufsdiplo-matie fallen gelassen hatte, besprach der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 14. und 15. März eingehend die Möglichkeiten, unter denen die Arbeiter der beteiligten Länder die Vorbedingungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen schaffen oder wie ein dahingelender Druck auf sie

Regierung
sollte die
der Reakt
Internati
kommen
stionen
gen Fried
ander w
Parteien
unpartei
schieden
Uebereinf
machend
Schulden
von leicht
die notw
Biederbra
im 31.
um die
schlechte
Bund: ab
deutschen
verursach
bereits a
Zweifelha
nehmen
nieren W
sich die
Lernzöhl
Sargbar
verlusten
große fin
stieren
ener An
den Vor
Deloncu
wurde er
sichem W
Bleibern
weder ge
werden
er 30
Bewerbt
das Pro
Belma
Belm
sind die
den Grie
barkeit d
Lösung
ellen, in
um zu
für was
Anmerk
und ein
sind die
Dynamik
Wiederu
sient w
mtern d
und in
stalten
Geman
miffieren
sien.
und ihre
ationale
sleicher
schießlic
bewirkt
dafür
recht u
sch mir
Arbeiter
die Re
rien u
Die 11
der Gew
richt aus

Regierungen ausgelbt werden könnte." Eine angenommene Entscheidung verwirft die militärischen Zwangsmaßnahmen, die nur der Reaktion dienen und den Völkern aufs neue entfachen. Der Internationale Gewerkschaftsbund bestätigte das Genfer Übereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung. In dem Bestreben, den stillen Frieden schnellstens wieder herzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien schlug der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedspruch — eine Übereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die Wiedergutmachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von leitgendem Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues ununterbrochen in Angriff genommen werden können. Am 31. März und 1. April trat die Konferenz erneut zusammen, um die Durchführungsmöglichkeiten des Genfer Übereinkommens festzulegen. Von deutscher Seite waren vertreten Grafmann (Bundesvorstand), Paepow (Bauarbeiter) und Wischmann (Bergarbeiter). Diese versicherten erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft zur Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Verwüstungen, wiederholten und spezialisierten die bereits gemachten Vorschläge und schiederten die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die günstigen Abschlüsse einzelner deutscher Unternehmen dürften nicht zur Annahme verleiten, als habe sich unsere Wirtschaft wieder erholt. Im Gegenteil — ganze Industrien sind hoffnungslos dahin. Wenn in anderen Ländern die Arbeitslosen höher sind als bei uns, so überlebt man die Millionen Hungerarbeiter. Bei den unheueren Gebiets-, Sach- und Reichensverlusten könne Deutschland neben Arbeits- und Sachleistungen große finanzielle Opfer nicht bringen. Der Wiederaufbau des zerstörten sei neben dem Borerwärtigen abhängig von dem Ertrag neuer Anleihe, zu der die ganze Welt beisteuern müsse. Gegenüber dem Vorwurfe, die Deutschen überläßen bei der Beurteilung des Kommunismus zu sehr die psychologische Seite der Verwüstungen, wurde auf Hand von Aufstellungen aus sachmännlichem und amtlichem Material auf die Anerbittungen und bereits eingeleiteten Wiederrufen Deutschlands verwiesen, die von der andern Seite entweder gar nicht oder in ganzen unzureichendem Maße angefordert werden seien. Nach eingehender Aussprache einigte sich die Konferenz auf eine Resolution in der es u. a. heißt: Die Internationale Gewerkschaftskonferenz stellt den Fehler der Regierungen fest, für das Problem der Wiedergutmachung eine ausschließlich finanzielle Lösung gesucht zu haben, die mit Rücksicht auf die Situation der Weltwirtschaft zu keinem Resultat führen kann. Sie erklärt, daß der Mangel der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, dem durch den Krieg entstandenen Chaos zu entrinnen, die internationale Solidarität der Arbeiter in stande sein muß, dem gestellten Problem eine Lösung zu geben und daß die Gewerkschaften ihre Macht aufbieten sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu zwingen. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt nach Kenntnisnahme dieser Feststellung, daß es Pflicht der Regierungen ist, Deutschland ohne Säumen in den Völkervereinigungen aufzunehmen und die Errichtung eines Internationalen Reparationsinstituts zu beschließen, das mit dem Studium der technischen Organisation, der allgemeinen und finanziellen Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu betrauen ist. Dieses Institut soll zusammengefaßt werden aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen. Die zu schaffenden Sektionen für „Technik“, „Finanzen“, „Arbeiterangelegenheiten“ und „Materialien“ würden die Richtlinien den Verwaltungsrat dieses Internationalen Instituts bilden. Um die Arbeiten des Wiederaufbaus ins Werk zu setzen und ihre Fortsetzung zu sichern, sollen von dem genannten Internationalen Institut unter Garantie des Völkervereinigung internationale Anleihen ausgeben werden. Die Abtragung dieser Schuld einschließlich der Verzinsung ist durch Deutschland in Jahresraten zu bewirken. Die Arbeiter Deutschlands sollen darüber wachen, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben. Schließlich wird es, um diese Ziele zu erreichen, angeziet sein, daß die Arbeiterschaft in den beteiligten Ländern ein Kompartee bildet, um ihre Regierungen zu veranlassen, die von der international organisierten Arbeiterklasse vorgeschlagenen Lösungen zu akzeptieren. — Diese Übereinkunft ist ein erfreuliches Zeichen von der Festigung der Gewerkschaftsinternationalen. Möge der Erfolg dieser Beschlüsse nicht ausbleiben.

Der Welt mehr geben, als sie uns gibt,
Die Welt mehr lieben, als sie uns liebt,
Nie um den Beifall der Menge werden,
Nur glücklich leben und selig sterben.

F. Bodenstedt.

Rundschau

Fata und „Sächsische Gemeindebeamten-Zeitung“, In dem Organ des Sächsischen Gemeindebeamten-Bundes lesen wir folgende sinnlose Notiz:

„Fata“. In Berlin, dem geistigen Zentrum der Fatabewegung, fanden die Vorstandswahlen zur Fata statt. Zu diesen Wahlen entnahmen wir dem „Vorwärts“: „Die Wahlen zur Ortsverwaltung betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. Er führte zu einer lebhaften, zum Teil heftigen Debatte mit d. amtlichen Zwischenfällen. Gegenüber der kombinierten Liste der erweiterten Verwaltung, die alle politischen Richtungen berücksichtigt, traten die Kommunisten für eigene Liste ein. Dabei richteten sie scharfe Angriffe gegen einzelne Mitglieder der Ortsverwaltungen, so besonders gegen den Bevollmächtigten Lagodjinski (USP.), den die unerhörte Beleidigung eines Kommunisten, er gleiche einem Gesekmann (später bedingungsweise zurückgenommen) dazu veranlaßte, zum Protest die Zeitung der Versammlung niederzulegen, die dann der andere Bevollmächtigte, Genosse Polenak, übernahm. Natürlich gab Lagodjinski den Angreifern die gebührende Antwort. Bei den Wahlen selbst siegen die Vorschläge der erweiterten Verwaltung über die rein kommunistische Liste. Es wurden als besoldete Mitglieder der Ortsverwaltung gewählt zum ersten Bevollmächtigten Polenak (SPD.) mit 537 Stimmen, zum zweiten Lagodjinski (USP.) mit 301 Stimmen, zum Kassierer Hoffmann (RSPD.) mit 671 Stimmen und zum Sekretär Särne (USP.) mit 367 Stimmen. Auf die kommunistische Liste entfielen 231 bis 285 Stimmen. — Zu unbesoldeten Mitgliedern der Ortsverwaltung wählte man: Schwanebed, Hodel, Ellg, Kutsche, Riel, Grünau, Fuchs, Kaiser, Kammermeier und Hannemann. Davon gehören 7 der USP., 3 der SPD. und 1 der RSPD. an. Die Stimmzahlen schwanken hier zwischen 315 und 466, während es die kommunistische Liste nur auf 92 bis 148 Stimmen brachte. — Die Delegierten zur Gewerkschaftskommission blieben dieselben.“ Dieser Vorgang ist nach zwei Richtungen von hervorragender Bedeutung. Er zeigt zunächst den Kampf um den Vorrang zwischen RSP., USP. und Kommunisten. Es tritt aber auch klar zutage, daß die Fata eine ausgesprochen politische Kampfeinrichtung ist, in der neben USP. und Kommunisten kein Platz ist. Die radikale Linke hat dabei den Sieg davongetragen. Alles ist politische Macht unfauberer Art. Und an diesen Karren sollen die Beamten gespannt werden. Zu rein politischen Zwecken sollen die Beamtenvereinigungen zerlegt werden. Es kommt diesen Herrschaften nicht aufs Beamtenwohl an, sondern nur um ihre politische Macht und ihre fetten Pfänder. „Fort mit dem Berufsbeamtentum!“, das ist ihre Losung. —

Dazu wäre nur zu bemerken, daß der Verfasser auf dem Monde zu leben scheint. Wir begnügen uns damit festzustellen, daß der angeblich dem „Vorwärts“ entnommene Bericht sich auf die Filiale Berlin unseres Verbandes bezieht und mit der Fata überhaupt nichts zu tun hat. Wir haben uns übrigens bislang in keiner Weise gegen das „Berufsbeamtentum“ gewendet und gedenken das auch fernerhin nicht zu tun. „Befürworter“ wie der GSB. sehen allerdings nicht, daß sie dem Berufsbeamtentum keine guten Dienste leisten mit solchen gebäffigen und unzutreffenden Verleumdungen.

Zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten. Der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird vom Reichsarbeitsministerium nunmehr in Kürze dem Reichsrat und Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Diesem Gesetzentwurf soll sobald wie möglich ein weiterer Entwurf zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten folgen. Die getrennte Behandlung beider Arbeitnehmergruppen erstreckt sich aus den Verpflichtungen, die der deutschen Regierung aus ihrer Teilnahme an der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkerverbund erwachsen und die eine beschleunigte Vorlage des Gesetzentwurfs für gewerbliche Arbeiter erfordern. Die zeitlich getrennte Vorlage der beiden Gesetzentwürfe hat in Angestelltenkreisen die Befürchtung veranlaßt, daß damit eine Schlechterstellung der Angestellten bei der Regelung der Arbeitszeit beabsichtigt sei. Das Reichsarbeitsministerium legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Befürchtung gänzlich unbegründet ist und daß die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in gleicher Weise auf der Grundlage des Achstundentages erfolgen wird wie die Regelung für die gewerblichen Arbeiter.

Wie man den Kapitalismus „bekämpft“. Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker berichtet über kommunistische Handstreiche gegen Buchdruckereien aus den jüngsten Tagen: Am Verlaufe des gegenwärtigen moskowitzischen Kommuniputthes in Mitteldeutschland, der vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als ein unerhörtes Verbrechen an der gesamten deutschen Arbeiterschaft beurteilt werden muß, sind an verschiedenen Orten Handstreiche oder Attentate gegen Buchdruckereien versucht und verübt worden. In Berlin forderte am 26. März eine dreiföpfige „Vertretung der Arbeitslosen“ die Stilllegung des gesamten Betriebs der Drucker der „Freiheit“, weil sie mit der Haltung des Blattes nicht einverstanden seien. Dieses Verlangen wurde selbstverständlich abgelehnt, worauf die drei Mann mit der Bemerkung abzogen, daß das Weitere sich finden werde. Erfreulicherweise hat sich aber „das Weitere“ bis jetzt noch nicht finden lassen. In Dresden wurden am 25. März, abends, in der Druckerel der „Unabhängiger Volkszeitung“ die Pro-

tore und Schaltanlagen für die Rotationsmaschinen gewaltfam zerstört und die Treibriemen der Schnellpressen zerschneiden und mitgenommen. In Halle wurden am 27. März, nachts, in die Druckerei der „Volksstimme“ zwei Handgranaten geworfen, die großen Schaden anrichteten, infolgedessen das Erscheinen der Zeitung zunächst unmöglich wurde; auch in die Druckerei der „Halleischen Zeitung“ wurde eine Dynamitbombe geworfen, die großen Schaden im Druckereigebäude anrichtete. Die Rotationsmaschinen wurden zunächst betriebsunfähig; ein Expedient wurde schwer und ein Hilfsarbeiter leicht verletzt. In Leipzig müssen die Druckerei der „Volkszeitung“ sowie das Volkshaus von Partei- und Gewerkschaftsgenossen ganz besonders bewacht werden, da die Kommunisten es auf deren gewalttätige Zerschmetterung abgesehen haben. In Wittenberg zwang eine aufgebehte Menschenmenge die Zeitungen zur Einstellung des Betriebs und sich an dem allgemeinen Streik zu beteiligen. Die Zeitungen konnten infolgedessen nicht erscheinen. In Otho wurden die Personale der Buchdruckereien gleichfalls gewaltam an der Arbeit verhindert. — Werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter endlich die Kraft finden, um diesem „kommunistischen“ Unfug ein Ende zu bereiten? Es ist bereits die Höhe!

Dem anständigen Ton der Deutschnationalen. Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich bekanntlich gar nicht genügend entrüsten über den „unanständigen Ton“, den die Sozialisten in die Parlamente usw. gebracht haben sollen. In der illustrierten Beilage der „Deutschen Tageszeitung“ vom 9. April 1921 finden wir nun folgendes „Gedicht“, das wir ohne Kommentar hiermit niedriger hängen:

Deutschtum.
Wir waren deutsche Männer
Boll Ehre, Sitte, Pflicht.
Wir waren Kämpfer, Männer,
Doch heute sind wir's nicht.
Was meldet Kriegsgeschichte
Von hohem Heldentum,
Das kränzt mit hellem Licht
Auf der Germanen Ruhm.

So manchen hör' ich wimmern,
Ihm hat die Angst erkrast,
Die Burg liegt ihm in Trümmern,
Zum Jarn sieht ihm die Kraft.
Ihm laut ohn' Kampf und Streiten
Die Fahne in den Wind;
Mit ihm will ich nicht reiten —
Das Schwein ist Pasillik. —

• **Verbandsteil** •

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Verbandsvorstand und Verbandsauschuss haben in gemeinsamer Sitzung beschlossen, die Funktionen des aus dem Verbandsvorstand ausscheidenden Hauptkassierers Kollegen Gustav Kuppert, man dem bisherigen 2. Kassierer, Kollegen Adam Ruppert, zu übertragen. Für die Wahrnehmung der Geschäfte des 2. Kassierers wurde der Kollege Kummer, bisher Angestellter im Bureau des Verbandsvorstandes bestimmt.

Der Verbandsvorstand. Der Verbandsauschuss.

Verbandssekretär!

Für das Bureau des Verbandsvorstandes wird ein Sekretär gesucht, dessen Hauptaufgabe sein soll, das gesamte Tarifwesen zu bearbeiten und zu übertragen, sowie die Vorarbeiten für die weitere Ausgestaltung des sozialen Arbeiterrechts zu leisten. Der Sekretär muß auch befähigt sein, im Abwesenheit der Vorstandsmitglieder die notwendige Korrespondenz mit den Mitgliedschaften im Reich selbstständig zu führen. Geeignete Bewerber, die eine möglichst umfassende gewerkschaftliche Erfahrung aufzuweisen haben, werden ersucht, ihre Bewerbung nebst Lebenslauf und einer selbstgeschriebenen Abhandlung über die Aufgaben eines Verbandssekretärs bis spätestens zum 20. April an den Verbandsvorstand, Berlin SO. 16, Büttelshausener Straße 15, einzureichen.

Der Verbandsvorstand.

Filiale München

Wird zum baldigen Eintritt einen Kreisbeamten. Voraussetzung: 5 Jahre freigewerkschaftlich organisiert, rednerische und schriftliche Befähigung und Gewandtheit im Verhandeln. Besoldung nach den Sätzen des Münchener Verbandes nebst Feuerungszulagen. Bewerbungen, versehen mit einem kurzen Lebenslauf und einem Auszug über die Ausgaben eines Gewerkschaftsangehörigen, sind umgehend an die Verbandsleitung, München, Defoliationsstraße 40, III. Etage, Zimmer 62, zu richten. Verbandskollegen erhalten den Vorrang.

• **Briefkasten** •

Zur 17. Gewerkschaft!

Nr. 17 der „Gewerkschaft“ erscheint als Mai- und Jubiläumsummer wieder in besonderer Ausstattung. Die Filialen werden ersucht, Mehrbestellungen auf diese Nummer sofort an uns gelangen zu lassen. Mehrbestellungen, welche am 22. April nicht in unseren Händen sind, können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Expedition.

Totenliste des Verbandes.

| | | |
|---|---|--|
| Kidde Hammes, München Bauarbeiter † 6. 7. 1921, 64 Jahre alt | Otto Rüdiger, Erfurt Ziebauarbeiter † 8. 3. 1921, 64 Jahre alt | Hermann Croit, Hamburg Werkzeugmacher † 8. 3. 1921, 28 Jahre alt |
| Karl Ballian, Berlin Revisionsrat † 1. 3. 1921, 66 Jahre alt | Geswald Funke, Erfurt Eisenhüttenarbeiter † 11. 3. 1921, 24 Jahre alt | Richard Wieg, Hamburg 7. Jang † 29. 1. 1921, 63 Jahre alt |
| Willy Freieisen, Berlin Feldarbeiter † 8. 3. 1921, 18 Jahre alt | Hartmann Matthes, Erfurt Bauarbeiter † 27. 2. 1921, 49 Jahre alt | Wilhelm Henke, Hamburg Bauarbeiter † 1. 3. 1921, 62 Jahre alt |
| Hermann Höpke, Berlin Arbeiter † 22. 2. 1921, 64 Jahre alt | C. Geier, Frankfurt a. M. Kaufmann † 2. 2. 1921, 66 Jahre alt | Hermann Baum, Jena Arbeiter † 14. 3. 1921, 68 Jahre alt |
| Klara Hönike, Berlin Weinhandlung † 18. 2. 1921, 54 Jahre alt | H. Hartmann, Frankfurt a. M. Schlosser † 2. 3. 1921, 58 Jahre alt | Marie Baletsch, Meißen Arbeiterin † 17. 8. 1921, 40 Jahre alt |
| Richard Krüger, Berlin Charité † 1. 3. 1921, 63 Jahre alt | K. Knoll, Frankfurt a. M. Arbeiter † 27. 2. 1921, 68 Jahre alt | Johann Hoffmann, Meißen Eisenhüttenarbeiter † 8. 3. 1921, 69 Jahre alt |
| Karl Müller, Berlin Arbeiter † 17. 2. 1921, 58 Jahre alt | J. 1. 1921, 21 Jahre alt | Wilhelm Osmann, Meißen Eisenhüttenarbeiter † 7. 3. 1921, 68 Jahre alt |
| Anna Mühlh, Berlin Klempnermeister † 1. 1. 1921, 21 Jahre alt | Max Panke, Berlin Gemeindearbeiter † 6. 3. 1921, 49 Jahre alt | H. Godau, Königsberg i. Pr. Gemeindeführer † 13. 2. 1921, 41 Jahre alt |
| Paul Piering, Berlin Kaufmann † 28. 2. 1921, 83 Jahre alt | Paul Piering, Berlin Kaufmann † 23. 2. 1921, 70 Jahre alt | R. Knappe, Königsberg i. Pr. Jungmann † 28. 2. 1921, 67 Jahre alt |
| Johanna Schell, Berlin Reinigungsarbeiterin † 14. 2. 1921, 67 Jahre alt | Johanna Schell, Berlin Reinigungsarbeiterin † 14. 2. 1921, 67 Jahre alt | G. Petersch, Königsberg i. Pr. W. S. 41, 8 † 21. 2. 1921, 30 Jahre alt |
| Edrich Schmalz, Berlin Eisenbahnenarbeiter † 6. 3. 1921, 45 Jahre alt | Edrich Schmalz, Berlin Eisenbahnenarbeiter † 6. 3. 1921, 45 Jahre alt | Pauline Schütz, Göttingen Hausfrau † 16. 3. 1921, 64 Jahre alt |
| Mikol. Brandeburger, Bonn Gemeindearbeiter † 6. 3. 1921, 58 Jahre alt | Mikol. Brandeburger, Bonn Gemeindearbeiter † 6. 3. 1921, 58 Jahre alt | Johann Chiers, Grodenrade Gemeindearbeiter † 20. 3. 1921, 62 Jahre alt |
| Karl Graf, Bonn Gemeindearbeiter † 31. 3. 1921, 62 Jahre alt | Karl Graf, Bonn Gemeindearbeiter † 31. 3. 1921, 62 Jahre alt | M. Krüger, Grodenrade Gemeindearbeiter † 1. 3. 1921, 62 Jahre alt |
| Hermann Hoff, Bonn Kaufmann † 70 Jahre alt | Hermann Hoff, Bonn Kaufmann † 70 Jahre alt | Willy. Haschke, Hamburg Revisionsrat † 9. 2. 1921, 69 Jahre alt |
| Rooff Barwanitz, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 6. 2. 1921, 64 Jahre alt | Rooff Barwanitz, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 6. 2. 1921, 64 Jahre alt | August Roldt, Hamburg Eisenbahnenarbeiter † 15. 2. 1921, 64 Jahre alt |
| Alfred Danyk, Breslau Kaufmann † 16. 2. 1921, 28 Jahre alt | Alfred Danyk, Breslau Kaufmann † 16. 2. 1921, 28 Jahre alt | Willy. Haschke, Hamburg Revisionsrat † 7. 2. 1921, 40 Jahre alt |
| Franz Erbe, Breslau am 9. September 1914 im Alter von 30 J. gestorben | Franz Erbe, Breslau am 9. September 1914 im Alter von 30 J. gestorben | Gulitz Dietze, Hamburg Eisenbahnenarbeiter † 22. 2. 1921, 67 Jahre alt |
| Paul Gerzke, Breslau Kaufmann † 27. 2. 1921, 38 Jahre alt | Paul Gerzke, Breslau Kaufmann † 27. 2. 1921, 38 Jahre alt | Ernst Deit, Hamburg Kaufmann † 6. 3. 1921, 61 Jahre alt |
| Otto Kanaack, Breslau Kaufmann † 15. 3. 1921, 42 Jahre alt | Otto Kanaack, Breslau Kaufmann † 15. 3. 1921, 42 Jahre alt | Johann Fildt, Hamburg Gartenarbeiter † 18. 2. 1921, 68 Jahre alt |
| Reinhold Jochims, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 27. 2. 1921, 22 Jahre alt | Reinhold Jochims, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 27. 2. 1921, 22 Jahre alt | Theodor Jochims, Hamburg Gartenarbeiter † 28. 2. 1921, 37 Jahre alt |
| Ritar Krautzel, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 17. 2. 1921, 28 Jahre alt | Ritar Krautzel, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 17. 2. 1921, 28 Jahre alt | Wolfgang Kander, Hamburg Eisenbahnenarbeiter † 4. 3. 1921, 64 Jahre alt |
| Ritar Hoffmann, Breslau Kaufmann † 28. 2. 1921, 48 Jahre alt | Ritar Hoffmann, Breslau Kaufmann † 28. 2. 1921, 48 Jahre alt | Richard Hinz, Hamburg Eisenbahnenarbeiter † 16. 2. 1921, 76 Jahre alt |
| Wilhelm Köhler, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 2. 3. 1921, 62 Jahre alt | Wilhelm Köhler, Breslau Eisenbahnenarbeiter † 2. 3. 1921, 62 Jahre alt | Richard Janzies, Hamburg Arbeiter † 10. 3. 1921, 61 Jahre alt |
| Johel Stenzel, Breslau Kaufmann † 2. 1. 1921, 62 Jahre alt | Johel Stenzel, Breslau Kaufmann † 2. 1. 1921, 62 Jahre alt | Thomas Lucas, Hamburg Kaufmann † 17. 2. 1921, 49 Jahre alt |
| Karl Weis, Breslau Kaufmann † 6. 3. 1921, 47 Jahre alt | Karl Weis, Breslau Kaufmann † 6. 3. 1921, 47 Jahre alt | Helmut Langguth, Hamburg Eisenbahnenarbeiter † 14. 2. 1921, 68 Jahre alt |
| Franz Wandertlich, Brixen Gemeindearbeiter † 17. 3. 1921, 47 Jahre alt | Franz Wandertlich, Brixen Gemeindearbeiter † 17. 3. 1921, 47 Jahre alt | Paula Müller, Hamburg Kaufmann † 28. 2. 1921, 26 Jahre alt |
| Hermann Fuchs, Rudow Gemeindearbeiter † 8. 1. 1921, 40 Jahre alt | Hermann Fuchs, Rudow Gemeindearbeiter † 8. 1. 1921, 40 Jahre alt | Wilhelm Müller, Hamburg Kaufmann † 18. 2. 1921, 69 Jahre alt |
| Carl Kleinmann, Rudow Gemeindearbeiter † 7. 3. 1921, 28 Jahre alt | Carl Kleinmann, Rudow Gemeindearbeiter † 7. 3. 1921, 28 Jahre alt | Wilhelm Niebuhr, Hamburg Kaufmann † 18. 2. 1921, 66 Jahre alt |
| Wittkowski, Charlottenburg Zielbauarbeiter † 5. 3. 1921, 69 Jahre alt | Wittkowski, Charlottenburg Zielbauarbeiter † 5. 3. 1921, 69 Jahre alt | Ferd. Ohlisch, Hamburg Gemeindearbeiter † 15. 2. 1921, 64 Jahre alt |
| W. Caneberger, Chemnitz Kaufmann † 17. 3. 1921, 72 Jahre alt | W. Caneberger, Chemnitz Kaufmann † 17. 3. 1921, 72 Jahre alt | Heidi Reuber, Hamburg Kaufmann † 18. 2. 1921, 69 Jahre alt |
| F. Benninger, Denzowörth Eisenbahnenarbeiter † 1. 3. 1921, 60 Jahre alt | F. Benninger, Denzowörth Eisenbahnenarbeiter † 1. 3. 1921, 60 Jahre alt | Karl Rebe, Hamburg Kaufmann † 16. 2. 1921, 38 Jahre alt |
| Hans Cantebach, Dresden Kaufmann † 4. 3. 1921, 38 Jahre alt | Hans Cantebach, Dresden Kaufmann † 4. 3. 1921, 38 Jahre alt | Louis Saalfelder, Hamburg Kaufmann † 28. 2. 1921, 48 Jahre alt |
| Wilhelm Anders, Dresden Kaufmann † 2. 3. 1921, 66 Jahre alt | Wilhelm Anders, Dresden Kaufmann † 2. 3. 1921, 66 Jahre alt | Johann Seemann, Hamburg Kaufmann † 20. 2. 1921, 65 Jahre alt |
| | | Ernst Chedow, Hamburg Kaufmann † 28. 2. 1921, 50 Jahre alt |

• Ihre themen Studenten! •